

<b>Nachrichten</b> . . . . .	<b>1</b>
<b>Arbeitshilfen und Stellungnahmen</b> . . . . .	<b>2</b>
<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	<b>5</b>
Josephine Koberling zu Grotkopp: Abschiebungshaft . . . . .	5
Joachim Genge zu Siefert: Asylbewerberleistungsgesetz – AsylbLG, 2. Auflage . . . . .	5
<b>Beiträge</b> . . . . .	<b>7</b>
Wiebke Judith: Der »New Pact on Migration and Asylum« . . . . .	7
Cornelius Lätzsch, Johanna Bült: Zugang zur Asylverfahrensberatung für Geflüchtete mit Beeinträchtigung . . . . .	16
<b>Ländermaterialien</b> . . . . .	<b>24</b>
OVG Bremen: Kein gesichertes Existenzminimum für alleinstehende, gesunde junge Männer in Afghanistan . . . . .	24
VGH Baden-Württemberg: Zur Verfolgung wegen Militärdienstentziehung in Syrien . . . . .	31
VG Stuttgart: Flüchtlingsanerkennung wegen Militärdienstentziehung in Syrien . . . . .	33
VG Düsseldorf: Keine Flüchtlingsanerkennung bei Militärdienstentziehung in Syrien . . . . .	34
OVG Sachsen-Anhalt: Langes Visumsverfahren in der Türkei bewirkt unzumutbare Familientrennung . . . . .	38
<b>Asylrecht, internationaler Schutz und nationale Abschiebungsverbote</b> . . . . .	<b>40</b>
<b>Asylverfahrens- und -prozessrecht</b> . . . . .	<b>40</b>
BVerfG: Grundrechtsverletzungen wegen Verstoßes gegen die Kenntnisanahme- und Erwägungspflicht . . . . .	40
Anmerkung der Redaktion zur Entscheidung des BVerfG . . . . .	42
BVerfG: Gerichtliche Aufklärungspflicht zu möglichem Schutzstatus in anderem EU-Staat . . . . .	42
BVerwG: Zustellungsfiktion knüpft auch an zutreffend von öffentlicher Stelle mitgeteilte Anschrift an . . . . .	44
<b>Entscheidungen zu coronabedingten Aussetzungen von Dublin-Überstellungen</b> . . . . .	<b>47</b>
OVG Nordrhein-Westfalen: Keine Verlängerung der Überstellungsfrist durch coronabedingte Aussetzung . . . . .	47
VG Halle: Kein »Flüchtig-Sein« bei Aufenthalt an unbekanntem Ort nach Aussetzung der Vollziehung . . . . .	47
<b>Aufenthaltsrecht</b> . . . . .	<b>49</b>
EuGH: Pflicht zur Mitteilung der Gründe für Ausschreibung zur Einreiseverweigerung . . . . .	49
VGH Baden-Württemberg: Ermessen beim Erlass eines Kontaktverbots nach dem Aufenthaltsgesetz . . . . .	50
OVG Hamburg: Abgeleitetes unionsrechtliches Aufenthaltsrecht für drittstaatsangehörigen Elternteil . . . . .	51
<b>Abschiebungshaft und Ingewahrsamnahme</b> . . . . .	<b>54</b>
<b>Sozialrecht</b> . . . . .	<b>55</b>
LSG Mecklenburg-Vorpommern: Anspruch auf Analogleistungen nach Aufenthalt im Kirchenasyl . . . . .	55
<b>Weitere Entscheidungen</b> . . . . .	<b>56</b>

## Asylmagazin – Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht

Das Asylmagazin liefert aktuelle Hintergrundinformationen zu den rechtlichen Fragen rund um die Themen Flucht und Migration. Der Abonnement-Preis beträgt 65 € für neun Ausgaben im Jahr. Weitere Informationen finden Sie bei [www.asyl.net](http://www.asyl.net) sowie bei [menschenrechte.ariadne.de/zeitschrift-asylmagazin](http://menschenrechte.ariadne.de/zeitschrift-asylmagazin).



In Kooperation mit



## Buchbesprechungen

### Grotkopp: Abschiebungshaft

Von Rechtsanwältin Josephine Koberling, Berlin

Seit bereits mehr als 100 Jahren werden Menschen in Deutschland inhaftiert, um ihre Abschiebung, Ausweisung, Rückführung und Zurückweisung zu sichern. Die rechtlichen Grundlagen hierfür finden sich im Aufenthaltsgesetz, die Umsetzung ist den Bundesländern überlassen. Weder Bund noch Länder führen eine transparente Statistik zu den Zahlen der inhaftierten Menschen, den angeordneten und mindestens teilweise wieder aufgehobenen Haftbeschlüssen. So bleibt einzig die Statistik des Kollegen Peter Fahlbusch, deren Ergebnisse alarmierend sind: Seit 2001 hat er mehr als 1.700 Menschen in Abschiebungshaftverfahren vertreten, wobei etwa 50 % der angefochtenen Haftentscheidungen mindestens teilweise rechtswidrig waren, ohne dass sich dieses Ergebnis über die Jahre seiner Praxis maßgeblich positiv oder negativ verändert hätte.

Deshalb wurde es Zeit für ein Lehr- und Praxishandbuch zur Abschiebungshaft, deren wissenschaftliche Bearbeitung oder fachjuristische Diskussion kaum stattfindet. Im C.H.Beck-Verlag erschienen, führt der Autor Dr. Jörg Grotkopp übersichtlich und umfassend auf mehr als 230 Seiten in das Thema Abschiebungshaft ein und liefert so einen aktuellen Überblick für die Abschiebungshaftpraxis.

Der Autor ist Direktor des Amtsgerichts Bad Segeberg und neben seiner richterlichen Tätigkeit im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren und als Dozent mit dem Thema Abschiebungshaft befasst. Das vorliegende Buch richtet sich an jene, die sich in ihrer anwaltlichen, behördlichen und richterlichen Praxis mit dem Abschiebungshaftrecht beschäftigen. Seinem Aufbau nach orientiert es sich an den klassischen Lehrbüchern, die aus der juristischen Ausbildung bekannt sind. Enthalten sind auch Prüfungsschemata, Checklisten zur Durchführung der richterlichen Anhörung und ein Beispielfall. Dabei werden zunächst die materiellen Rechtsgrundlagen der Abschiebungshaft beleuchtet, wobei auch eine – wenngleich kurze – Darstellung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen einer Abschiebung nicht fehlt. Die Hafttatbestände (sogenannte Haftgründe) werden im Folgenden erstaunlich ausführlich behandelt. Dies regt zur tiefgründigeren Prüfung der Haftgründe an, über die in der Praxis ansonsten oft sehr schnell hinweggegangen wird. Nachdem auch die weiteren materiellen Voraussetzungen vorgestellt werden, vergisst der Autor auch nicht die übrigen Haft- und Gewahrsamsarten, die das Aufenthaltsrecht kennt, vorzustellen.

In einem zweiten großen Teil, der das Kernstück des Buches darstellt, erläutert der Autor auf 52 Seiten das gerichtliche Hauptsacheverfahren, angefangen beim Haftantrag bis zum Haftbeschluss und seiner Bekanntgabe. Der darauffolgende Teil zum Vollzugsrecht ist leider sehr

kurz geraten. Angesichts des vollzugsrechtlichen Flickenteppichs und kaum vorhandener Gerichtsentscheidungen zum Abschiebungshaftvollzug wäre eine tiefer gehendere Auseinandersetzung wünschenswert gewesen. Nach der Beschäftigung mit den Rechtsschutzverfahren, der einstweiligen Anordnung und Verlängerung von Abschiebungshaft weist der Autor ausführlich auf weitere Exekutivmaßnahmen im Rahmen der Abschiebung hin. Hierzu zählen etwa die vorläufige Festnahme, die Aufenthaltsüberwachung und die Wohnungsdurchsuchung.

Wer sich mit dem Abschiebungshaftrecht in der Praxis befasst, sollte auf dieses Handbuch nicht verzichten. Es ist gut verständlich, wenn auch bisweilen etwas juristisch-zäh geschrieben und bildet die aktuelle Rechtsprechung weitestgehend ab. Der Autor betont dabei wiederholt die Relevanz eines empathischen Blicks auf die von Abschiebungshaft betroffenen Menschen, deren Freiheit zur Vollziehung einer Verwaltungsmaßnahme entzogen wird. An der einen oder anderen Stelle wären innovativere Ansätze und Ideen zur Fortentwicklung des Rechts und eine kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Rechtsprechung, insbesondere des BGH jedoch wünschenswert gewesen.

Insgesamt ist dieses Buch als Leitfaden für die Praxis überaus tauglich. Es ist übersichtlich aufgebaut und detailliert gegliedert. So eignet es sich nicht nur, um sich in die Materie des Abschiebungshaftrechts einzuarbeiten, sondern ist auch bei Vorliegen spezifischer Rechts- und Verfahrensfragen ein hilfreicher Ratgeber. Angesichts der eingangs beschriebenen stabil hoch bleibenden Quote rechtswidriger Haftanordnungen wurde es Zeit für ein solches Handbuch.

- **Jörg Grotkopp.** *Abschiebungshaft. Voraussetzungen – Verfahren – Rechtsschutz*, C.H.Beck 2020, 243 S., 69€, ISBN 978-3-406-75317-6

### Siefert: Asylbewerberleistungsgesetz – AsylbLG,

#### 2. Auflage

Von Rechtsanwalt Joachim Genge, Berlin

Die 1. Auflage des Kommentars Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im C.H.Beck-Verlag von 2018 war aufgrund der erneuten umfangreichen Änderungen des AsylbLG im Jahre 2019, vor allem durch das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht und das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, bereits nach kurzer Zeit in wichtigen Teilen veraltet. Umso erfreulicher ist es, dass zum Gesetzesstand Juni 2020 die 2. Auflage des handlichen Kommentars erschienen ist.

Die Herausgeberin Jutta Siefert ist seit Juli 2012 als Richterin am Bundessozialgericht (BSG) tätig und gehörte dort zur Zeit der Veröffentlichung der Erstauflage des